

Ehrlich,
preiswert,
gut:
divino.ch



Unsere umfassende
Weinpreisliste
erhalten Sie unter
www.divino.ch oder
Tel. 052 264 26 50

DIVINO

SELEKTIONIERTE WEINE

Forum: Stadtblatt, Sonntag, 23. März 2008.

Von Gerechtigkeit und Rolltreppen.

Zum Beitrag «Wenn Gerechtigkeit so einfach wäre» im «Stadtblatt» vom 16. März: Eduard Crosina findet also das staatliche Salarierungssystem transparent und sagt, es werde allgemein als gerecht empfunden. Der einzige Wermutstropfen sei das «unselige lohnwirksame Qualifizierungssystem». In der Privatwirtschaft sei das leider anders. Nun wird aus seinen Ausführungen nicht ganz klar, wovon er annimmt, dass es in der Privatwirtschaft anders sei. Wahrscheinlich meint er aber die Transparenz, und da hat er natürlich nicht unrecht. Unklar ist aber auch, was er mit der «Unseligkeit» des Qualifizierungssystems meint. Betrachtet er jedes lohnwirksame Qualifizierungssystem oder nur das jetzt gültige als ungeeignet? Wenn Ersteres zutrifft, muss ihm gesagt werden, dass solche Systeme in der Privatwirtschaft schon seit Jahrzehnten funktionieren. Vor allem japanische Qualitätssicherungsmethoden (Stichwort «Kaizen», ständige Verbesserung) haben hier einen grossen Einfluss gehabt, und die Qualifizierung erfolgt dort häufig nicht nur von oben nach unten, sondern auch umgekehrt (würde in der Schule also bedeuten: Qualifizierung der Lehrer durch die Schüler). Es gibt eigentlich kaum Tätigkeiten, die man als unqualifizierbar bezeichnen müsste. Warum das ausgerechnet für Lehrer grundsätzlich nicht funktionieren soll, ist unklar. Aber das Problem könnte in der häufig anzutreffenden Unprofessionalität der mit der Qualifizierung betrauten Behörden liegen (in diesem Fall natürlich die Schulpflegen). Wie auch immer, es ist, platt ausgedrückt, nicht ersichtlich, warum ein fauler Lehrer gleich viel verdienen sollte wie ein fleissiger, und es soll bitte niemand sagen, dass es neben fleissigen nicht auch faule Lehrer (oder Polizisten und Pfarrer) gibt. **Max Baumann**, Winterthur.

Antwort zum oben stehenden Leserbrief:
Max Baumann, ob ich jedes Qualifizierungssystem für Lehrkräfte ablehne oder nur das jetzt gültige. Gerne gebe ich ihm Auskunft: Da ich nur das gegenwärtige kenne, meine ich genau dieses. Was ist nun



so falsch an diesem? Viel besser, als ich das tun könnte, zeigt das der Schriftsteller Markus Werner in seinem Roman «Am Hang», aus dem ich (leicht vereinfacht) ein paar Sätze zitieren möchte. Ein pensionierter Lehrer aus irgendeinem Kanton erzählt darin Folgendes: «Zwecks Qualifizierung der Lehrperson schneit von Zeit zu Zeit ein Visitator herein, setzt sich hinten in eine Bank, breitet diverse Blätter und eine Checkliste vor sich aus und achtet während des Unterrichts auf die Fachkompetenz und die Methodenkompetenz und die Sozialkompetenz der Lehrperson, wobei ihm zur kompetenten Beurteilung dieser drei Kompetenzen nicht weniger als 39 Beurteilungskriterien zur Verfügung stehen. Damit er weiss, was zum Beispiel zur Sozialkompetenz gehört, sind auf der Checkliste elf relevante Punkte aufgeführt, unter anderem Gestik und Mimik der lohnwirksam zu qualifizierenden Lehrkraft, ferner, was immer das heissen möge, ihre Vorbildwirkung, und zwei weitere Punkte sind Durchhaltevermögen und Humor, beides lohnwirksame Sozialkompetenzen, um die man als Betroffener allerdings öfters vergeblich ringt.» Nun ja, sage ich mir, wenn schon einer Lehrkraft an einer Primarschule zugemutet wird, im Zeugnis für jedes ihrer 25 Kinder eine Beurteilung der Leistung und des Verhaltens mittels vieler Kreuzchen vorzunehmen, warum soll da nicht die Lehrkraft selbst mit 39 Kreuzchen beurteilt werden? Und zum angesprochenen faulen Lehrer, der gleich viel verdient wie seine pflichtbewussten Kollegen: Es gibt ihn, die Schulpflege kennt ihn, aber es gibt sicher andere, effizientere Wege als das heute getätigte, bürokratische Beurteilungsverfahren, um schwarze

Schafe auf den rechten Weg zu bringen. **Eduard Crosina**, Seuzach.

Zum Leserbrief «Grossverkehr braucht Rolltreppen» im «Stadtblatt» vom 16. März:

Nein, ganz sicher braucht es keine Rolltreppen beim Hauptbahnhof in Winterthur! Sie verschwenden viel Energie, sind serviceanfällig, unpraktisch, teuer und fördern einen bequemen Lebensstil, der uns auf die Dauer auch nicht gesünder macht. Mit der plakativen Zurschaustellung von Bequemlichkeit tun wir uns nichts Gutes. Wir werden auch nicht weltmännischer, wenn wir 08-15-Anbiederungsorgien wie andere, grössere, bessere, hippere und kränkere Orte produzieren. Besinnen wir uns doch an wirkliche Qualitäten unserer Stadt: Übersichtlichkeit, Beschaulichkeit, ein gutes Velowegnetz und rundherum eine grüne Lunge. Wir sollten uns vermehrt leisten, zeitloser zu sein, und uns nicht immer wieder vergleichen mit Millionen-Zürich, megagigantischen Grosskotzereien, Geld, Macht, Zerstörung. Wir können Qualität auch intelligent statt mechanisch vermitteln: Mit einer grosszügigen, übersichtlichen und zweckmässigen Fussgängerführung. Wenn man dann noch den Mut für eine farbige oder künstlerische Gestaltung aufbringt, hätte der Ort der Gehetzten plötzlich eine ganz andere Ausstrahlung. Statt der Rolltreppen könnten wir ja an prominenter Stelle im Hauptbahnhof (bald) bestehende Sehenswürdigkeiten anpreisen: zum Beispiel ein 300 000-fränkiges Scheisshaus mitten im Stadtpark, ein paar wenige Fussminuten vom Tor zur Welt entfernt. Welche Stadt kann uns da schon das Wasser reichen? Wenn wir uns vermehrt auf die wirklichen Dinge konzentrieren, werden wir merken, dass Rolltreppen eigentlich nur eines sind: schlicht und einfach fehl am Platz! Dies ist kein Affront gegenüber Gehbehinderten, Kranken und immobilen Personen, für sie müssen grosszügige mechanische Transportanlagen gebaut werden, aber nur für ausgewiesene Bedürfnisse. Das Publikum soll seine Arthrosenpflege im privaten Rahmen abhalten. **Urs Schaffler**, Winterthur.

Russischer Händler des Todes.

Der russische Geschäftsmann Wiktor Bout sitzt jetzt in Thailand hinter Gittern. Er soll Terroristen, Diktatoren und Guerillas mit Waffen beliefert haben, er soll aber auch beim US-Einmarsch im Irak Cargo-Aufträge des Pentagons erledigt haben, heisst es in amerikanischen Sicherheitskreisen. Leider ist es nicht so, dass nur Abenteuerer wie Wiktor Bout in solche Waffen-deals verwickelt sind. Auch neutrale Staaten wie die Schweiz lieferten und liefern Diktatoren, Krieg führenden Staaten und menschenrechtsverletzenden Regimes Rüstungsgüter. Private und staatliche Rüstungsfirmen orientieren sich am Markt,

sie sehen oft nichts anderes als den Profit. Sie verstehen es geschickt, gesetzliche Bestimmungen zu umgehen, die den Export von Kriegsmaterial und von Komponenten für Rüstungsgüter limitieren. Der russische Händler des Todes, Wiktor Bout, ist da nur ein kleiner Fisch, der wie andere auch Produkte der Waffenfabrikanten an den Mann gebracht hat. Der britische Abgeordnete Norman Lamb erklärte 2003: Die Versicherungen, unsere Regierung verfolge eine ethische Politik, sind lächerlich. Ein Beweis ihrer Scheinheiligkeit machte sie, als während des Konflikts der demokratischen Republik Kongo, Ex-Zaire, britische

Unternehmen mit Wissen der Regierung auf dem Rücken der Opfer Geschäfte machten. Über drei Millionen Zivilisten wurden während des Kriegs im Kongo getötet oder starben an Hunger oder Krankheiten im Laufe des Konfliktes, der im August 1998 begann. Um restriktive eigene Gesetze des Waffenexportes zu umgehen, haben zahlreiche Staaten Waffen im Ausland in Lizenz produzieren lassen. Unter anderem Südafrika, Deutschland, Österreich, Belgien, die USA, Frankreich, Israel, Italien, Portugal, die Tschechische Republik, Grossbritannien, Russland, Singapur, Schweden und die Schweiz. **Heinrich Frei, Zürich.**

Winterthur oder Zürich?



Intermezzo.

Kürzlich mussten die Exekutiven der Zürcher Städte wie auch der Zürcher Regierungsrat zu den Konzessionsvergaben für Radio- und Fernsehstationen Stellung nehmen. Nach Ansicht des Winterthurer Stadt- und des Zürcher Regierungsrats soll Tele Top eine Konzession erhalten, Tele Züri hingegen nicht. Ein Entscheid für Winterthur?

Der Entscheid der Zürcher Regierung dokumentiert, wie problematisch die Umsetzung des neuen Radio- und Fernsehgesetzes, RTVG, ist. Mit dem neuen RTVG gelten neue Regeln für das sogenannte Gebührensplitting. Auch private Stationen erhalten Gebührengelder, nicht nur die SRG. Damit werde der Wettbewerb gestärkt, hiess es. Nun zeigt sich aber, wie falsch unser Mediensystem konzipiert ist: statt Wettbewerbsanreize locken Staats-subsidien. Die Verleger sind hier daran zu erinnern, dass sie das Ge-

bührensplitting befürwortet haben. Wer einen Leistungsauftrag erfüllt und Gebührengelder beansprucht, benötigt eine Konzession. Dafür wiederum ist der Bundesrat zuständig. Vor der Vergabe können sich Stadt- und Kantonsregierungen dazu äussern, welche Sender sie bevorzugen und welchen Stationen die Konzession verweigert werden soll. Ein seltsamer Vorgang in einer direkten Demokratie. Dass Stadt- und Kantonsregierungen entscheiden müssen, ob sie Tele Top oder Tele Züri bevorzugen, ist falsch. Bei all diesen Fragestellungen bleibt die SRG unangetastet. Dies zeigt: Das neue RTVG stärkt nicht die Privaten, sondern die SRG. Wenn der Staat die Gebühren verteilt, wird nicht der Wettbewerb, sondern nur der faktische Monopolist SRG gestärkt. Dies zeigt auch der Beschluss des Zürcher Regierungsrats: Konkurrenzfähige private TV-Stationen, welche aus eigener Kraft überleben können, erhalten keine Gebührengelder. Schwächere Sender wiederum, welche die SRG nie ernsthaft konkurrenzieren können, werden mit Gebührenanteilen gestützt. Dies ist zwar schön für diesen Sender, nützt der Medienvielfalt aber nichts.

Die Schweiz braucht dringend mehr Wettbewerb in der Medienlandschaft: Eine Möglichkeit ist beispielsweise die Nutzung neuer technischer Möglichkeiten, wie im

Bereich der Radio-Frequenzen. Es stehen an vielen Orten zu wenig UKW-Frequenzen zur Verfügung, was auch die aktuelle Diskussion im Kanton Zürich zeigt: Es werden drei Konzessionen vergeben für das Versorgungsgebiet Zürich-Glarus, es hat aber vier Bewerber: Energy Zürich, Radio 24, Radio 1 und Radio Züri-see. Das Problem kommt daher, dass die SRG-Konzession verlangt, die ersten Radioprogramme der SRG seien in der ganzen Schweiz weitgehend über UKW zu verbreiten, also auch in den jeweils anderen Landesteilen. Richtiger Wettbewerb würde doch heissen, dass, wer Radio machen will, dies auch tun kann. Durch diese Einschränkungen ist dies aber nicht möglich. Die sukzessive Einführung digitaler Verbreitungstechnologien wie DAB und DAB+ für Radios lässt hingegen Neuordnungen und eine effizientere Verteilung der UKW-Frequenzen zu. Ich habe im Nationalrat einen Vorstoss eingereicht, der zum Ziel hat, die SRG-UKW-Frequenzen in den jeweils anderen Sprachregionen für die Privaten freizugeben.

In der heutigen Situation gibt es nur Verlierer. Und so ist auch der Zürcher Regierungsentscheid im TV-Bereich kein Entscheid, der Winterthur etwas nützt, auch wenn Tele Top den Sitz in Winterthur hat. **Natalie Rickli.**

Werbung:

Blaukreuz
Brocken-
stube



Gratis
Abholdienst

Haus-
räumungen

Unsere Öffnungszeiten:
Dienstag bis Freitag,
14 bis 18 Uhr,
Samstag, 9 bis 16 Uhr.

Fröschenweidstrasse 12
8404 Winterthur
052 233 24 25

Blaves
Kreuz